

**Kleine Anfrage**  
der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN

**Konsequenzen der Umstrukturierung bei der Deutschen Stiftung  
für internationale Entwicklung (DSE) seit dem 1. Januar 1989**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Sorge von Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfern, daß die Regelungen,
  - a) Landessprachen nur noch alle zwei Monate anzubieten anstatt bisher alle vier Wochen,
  - b) Landessprachen nicht mehr im Einzelunterricht, sondern in Gruppen anzubieten,zu einer Verschlechterung der Ausbildung führen und eine solche Regelung den entwicklungspolitischen Grundsätzen der Bundesregierung, in denen Basisorientiertheit der Projekte gefordert wird, widerspricht, da eine unzureichend ausgebildete entsandte Fachkraft Kommunikationsprobleme mit der Zielgruppe haben wird?
2. Teilt die Bundesregierung mit mir die Auffassung, daß das Erlernen der Landessprache der entscheidende Beitrag ist, daß sich die zukünftige Entwicklungshelferin und der zukünftige Entwicklungshelfer auf interkulturelle Kommunikation und auf das Leben in einer fremden Gesellschaft vorbereiten können?
3. Wie viele und welche Landessprachen wurden angeboten und von jeweils wie vielen Kursteilnehmern vom 1. Januar 1989 bis 1. Juli 1989 in Anspruch genommen im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum in den vergangenen drei Jahren?
4. Wie hoch war die Teilnehmerzahl an den Vorbereitungsseminaren in der Zeit vom 1. Januar 1989 bis 1. Juli 1989 im Vergleich zu dem gleichen Zeitraum in den vergangenen drei Jahren?
5. Wie viele Kursteilnehmer und Kursteilnehmerinnen kamen aus den Einrichtungen des Bundes (aufgeschlüsselt nach Art der Einrichtung), und wie viele kamen aus den kirchlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (aufgeschlüsselt nach Art der Einrichtung)?

6. Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß – unter Mißachtung der DSE-Aufgabenstellung als Stiftung – zunächst Teilnehmer aus Einrichtungen des Bundes berücksichtigt werden und nur dann noch freibleibende Plätze an kirchliche oder Nichtregierungsorganisationen-Mitarbeiter vergeben werden?
7. Widerspricht die unter 6. beschriebene Praxis nicht einem basisorientierten, dezentralen entwicklungspolitischen Ansatz?
8. Aus welchem Grund sind welche ASA-Teilnehmer ausgeschlossen von einer Teilnahme an den Kursen in Bad Honnef?
9. Treffen Pressemeldungen zu, daß der zuständige Referatsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit von „Mißwirtschaft“ bei der Zentralstelle für Auslandskunde gesprochen hat? Wenn ja, wie wird diese begründet?

Bonn, den 16. Juni 1989

**Frau Eid**

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**